

Externe und interne Evaluation des Bürgerbudgets für den Doppelhaushalt 2018/2019

1. Einleitung

Im Rahmen des EU-Projektes EMPATIA ist die Verwaltung mit dem Grundsatzbeschluss vom 14. Dezember 2016 (VO/0995/16) beauftragt worden, ein Umsetzungskonzept zur Bürgerbeteiligung bei der Haushaltsplanung 2018/2019 vorzulegen. Das Umsetzungskonzept (Drs.: VO/0089/17) skizzierte unter anderem die Durchführung eines Bürgerbudgets, in dessen Rahmen BürgerInnen gemeinwohlorientierte Ideen für die Stadt einreichen, diskutieren und bewerten konnten.

Die Stadt Wuppertal stellte ein Budget von 100.000 Euro für Ideen aus der Bürgerschaft zur Verfügung. Durch die Förderung Dritter erhöhte sich die Summe auf 150.000 Euro.

Vom 3. bis zum 24. Mai 2017 konnten WuppertalerInnen ihre Projektideen auf einer Online-Plattform, telefonisch, per Brief, per Mail, persönlich oder bei der Straßenkampagne einreichen und alle Projektideen vom 3. bis zum 31. Mai 2017 auf der Website bewerten. Die Projektideen sollten maximal 50.000 Euro kosten, innerhalb der nächsten zwei Jahre umgesetzt werden können und keine Folgekosten nach sich ziehen, im Handlungsspielraum der Stadt liegen und generell zum Wohle der WuppertalerInnen beitragen. Parallel prüfte die Verwaltung, ob diese Kriterien erfüllt sind und meldete zurück, falls dies nicht der Fall war.

Aus den TOP 100, die aus der Online-Beteiligung hervorgegangen sind, wurden im "Gemeinwohlcheck" in der Bürgerwerkstatt am 7. Juni 2017 die TOP 32 Projektideen ausgewählt. Diese 32 Projektideen haben laut den Teilnehmenden der Bürgerwerkstatt den meisten Mehrwert für Wuppertal und wurden von der Verwaltung einer detaillierten Prüfung der Kosten und Umsetzbarkeit unterzogen.

Vom 14. September bis 5. Oktober 2017 konnten alle BürgerInnen ihre Lieblingsprojekte wählen – bei der Wahlparty am 14. September 2017, im Rathaus Barmen, oder online auf der Bürgerbudget-Website.

Insgesamt wurden sechs Ideen von den WuppertalerInnen ausgewählt:

1. Spielplatz zur Waldkampfbahn – Umbau und Sanierung (50.000 Euro)
2. Urban Gardening Großprojekt (50.000 Euro)
3. Autofreie Luisenstraße (17.500 Euro)
4. Sitzbänke entlang der Nordbahntrasse (10.000 Euro)
5. Aufbau und Förderung der Taschengeldbörse (15.300 Euro)
6. Projekt gegen Rassismus und Antisemitismus (7.200 Euro, ursprünglich wurden 20.000 Euro von der Verwaltung festgelegt)

Diese Ideen wurden bis auf das Projekt „Autofreie Luisenstraße“ am 18. Dezember 2017 vom Rat der Stadt für den Haushaltsplan bestätigt und werden mit den Mitteln des Bürgerbudgets umgesetzt.



Abbildung: Prozess Bürgerbudget

Im Folgenden werden zunächst die Ergebnisse der während des Projektes erhobenen Daten dargestellt. Daran anschließend erfolgt die externe und interne Evaluation nach übergeordneten Kriterien (Rahmenbedingungen und Organisatorisches; Prüfungskriterien; Projekte; Beteiligung, Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit). Das Papier schließt mit einer Übersicht von Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschlägen für zukünftige Bürgerbudgets.

2. Das Bürgerbudget 2017 in Zahlen

Beteiligungszahlen

Registrierte NutzerInnen	3.319
WählerInnen	1.627
Eingereichte Projektideen	267
Stimmen	5.326
Davon online eingereicht	4.761
Teilnehmende Bürgerwerkstatt	170
Teilnehmende Wahlparty	120

Demographische Variablen

Gesamtzahl der Stimmen nach Geschlecht	
Weibliche Stimmen	2.900
Männliche Stimmen	2.330
Anderes	96
Gesamtzahl der Stimmen nach höchstem Bildungsabschluss	
Keine formale Ausbildung	67
Grundschule	34
Real- oder Hauptschulabschluss	934
Abitur	1.680
Hochschulabschluss	2.580
Gesamtzahl der Stimmen nach Alter	
Unter 18 Jahre	107
18-29 Jahre	905
30-49 Jahre	1.880
50-64 Jahre	1.820
Über 65 Jahre	612

Zahlen zur Nutzung der Plattform

Anzahl der Aufrufe (1.5. – 15.11.17)	22.145
Davon Einzelpersonen	18.623
Durchschnittliche Verweildauer	6min 48 sec.

3. Externe und interne Evaluation nach Kriterien

Der gesamte Prozess des Bürgerbudgets wurde von einer Bürgergruppe begleitet, die sowohl an der Konzeptentwicklung, als auch an der Umsetzung und der Evaluation des Gesamtprojektes beteiligt war. Die Gruppe setzte sich aus Interessierten sowie BürgerInnen, die sich für die Haushaltsplanung 2016/17 eingebracht hatten, zusammen. Ihre Beobachtungen sind die Basis für die externe Evaluation. Die Rückmeldungen von den beteiligten KollegInnen aus der Stadtverwaltung sind in die interne Evaluation eingeflossen. Zu jedem der im Folgenden genannten Kriterien werden – sofern vorhanden – die Anmerkungen der Bürgerbegleitgruppe sowie die der KollegInnen dargestellt. Sie werden dann pro Kriterium um Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge für zukünftige Bürgerbudgets ergänzt.

3.1. Rahmenbedingungen und Organisatorisches

3.1.1. Extern

Zu den Kriterien „Rahmenbedingungen und Organisatorisches“ zählen Aspekte wie der zeitliche Ablauf des Bürgerbudgets und Hinweise zum Verfahren allgemein. Im Hinblick auf den zeitlichen Rahmen wird das Bürgerbudget mit einer Gesamtlaufzeit von mehr als fünf Monaten von der Bürgerbegleitgruppe als relativ langwierig beurteilt. Die Aufmerksamkeit der WuppertalerInnen musste über einen langen Zeitraum hochgehalten werden, damit sich auch zum Ende des Projektes noch viele Menschen beteiligten. Ebenfalls kritisch wird der Zeitpunkt der Detailprüfung durch die Verwaltung betrachtet, die während der Sommerferien stattfand. Die entsprechenden AnsprechpartnerInnen waren kaum erreichbar.

3.1.2. Intern

Aus der Perspektive der KollegInnen hingegen war der Zeitraum für den Grobcheck als auch die Detailprüfung zu knapp. In den letzten zwei Tagen der Einreichungsphase gingen rund 100 Ideen auf der Bürgerbudgetplattform ein, die von den KollegInnen im Schnellverfahren geprüft werden mussten. Auch die Zeit für die Detailprüfung war aufgrund der Sommerferien zu knapp bemessen. Dies führte dazu, dass einzelne Projektideen in die finale Abstimmung gelangt sind, die eigentlich hätten abgelehnt werden müssen.

3.1.3. Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge:

Aus Sicht der Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement ist es sinnvoll, den Prozess des Bürgerbudgets zu entzerren. Um Fehler bei den Prüfungen durch die Verwaltung zu vermeiden (z.B. Projektideen zur Sambatrasse und zur autofreien Luisenstraße) und mehr Zeit für Rücksprachen mit den Fachbereichen zu haben, sollte der Grobcheck der Ideen nicht nur parallel zur Einreichungsphase, sondern auch nachfolgend, stattfinden. Außerdem sollte

das Bürgerbudget früher im Jahr starten, damit die Prüfungen durch die Verwaltung nicht ausschließlich während der Sommerferien erfolgen müssen.

Die Bürgerbegleitgruppe hat das Verfahren zwar insgesamt als zu lang bewertet, es erscheint jedoch wichtiger, die Prüfungen gründlich und möglichst fehlerlos durchzuführen und die KollegInnen dafür nicht unter zu großen Zeitdruck zu setzen. Um für das Projekt Bürgerbudget die notwendige Akzeptanz und Mitwirkung aus der Bürgerschaft zu erhalten, ist es von großer Relevanz, die gute Arbeit der Stadtverwaltung unter Beweis zu stellen. Für die Bürgerbeteiligung und vermutlich die gesamte Verwaltung ist es vertrauensstiftender, imagefördernder und zudem weniger arbeitsintensiv, die Aufmerksamkeit der WuppertalerInnen lange über gute Öffentlichkeitsarbeit hochzuhalten, als sich im Nachgang für Fehleinschätzungen rechtfertigen und gegebenenfalls neue Konzepte erarbeiten zu müssen (wie z.B. beim Projekt „Autofreie Luisenstraße“).



Auf Grund dessen wurde folgender Vorschlag für eine mögliche Wiederholung des Bürgerbudgets im Jahr 2019 entwickelt:

Für ein zukünftiges Bürgerbudget bietet sich eine Kick-Off-Veranstaltung (27. Februar 2019) an, die zu Beginn die anwesenden interessierten BürgerInnen informiert (Verfahren und Kriterien, letztjähriges Bürgerbudget,

Umsetzung Gewinnerideen) und anschließend den Menschen vor Ort die Möglichkeit bietet Ideen einzureichen (z.B. an Thementischen). Diese Ideen werden von der Verwaltung im Anschluss geprüft und auf die Online-Plattform übertragen.

Ähnlich des letztjährigen Prozesses soll innerhalb eines Zeitraums von zwei Wochen die Online-Beteiligung stattfinden, die allen BürgerInnen die Möglichkeit bietet, Ideen einzureichen und zu kommentieren. Zeitgleich wird durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (siehe Unterpunkt „Beteiligung, Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit“) und eine enge Zusammenarbeit mit den Quartiersbüros die Aufmerksamkeit der Stadtgesellschaft auf das Projekt gelenkt. Durch den Grobcheck der Verwaltung, der während der Einreichungsphase und in den zwei Wochen darauffolgend stattfindet, werden die realistisch umsetzbaren Ideen herausgefiltert. Um Fehler zu vermeiden, war es der Stabsstelle wichtig, den VerwaltungskollegInnen mehr Zeit für den Grobcheck einzuräumen. Zudem sollen erst nach dem Grobcheck alle Projektideen gleichzeitig zur Abstimmung freigegeben werden. Damit wird die Chancengleichheit für alle Projekte gewährleistet.



In der ersten Abstimmungsphase (1. bis 21. April 2019) können die BürgerInnen ihre favorisierten Ideen bewerten, sodass die TOP 100 Ideen zurück in die Bürgerwerkstatt (2. Mai 2019) gespielt werden. Dort werden diese erneut von engagierten BürgerInnen diskutiert und einem Gemeinwohlcheck unterzogen. Durch die nun verlängerte

Detailprüfung der Verwaltung von Anfang Mai bis Ende August 2019 wird den Anmerkungen der KollegInnen nach einem längeren Bearbeitungszeitraum Rechnung getragen.

Wie im letzten Jahr soll die Wahlparty (4. September 2019) der Beginn der zweiwöchigen Abstimmungsphase (5. September bis 18. September 2019) sein. Hier bleibt es wichtig, die Abstimmungsmöglichkeiten der WuppertalerInnen beizubehalten bzw. weiter auszubauen. Die Stabsstelle für Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement wird innerhalb dieser zwei Wochen abwechselnd in den Quartiersbüros eine mobile Wahlstation errichten, um auch den Menschen die Möglichkeit zur Abstimmung zu geben, die weder online noch im Rathaus Barmen abstimmen können. Es besteht die Möglichkeit, dass anders als im letzten Jahr alle Ideen zur Abstimmung stehen, die die Detailprüfung bestanden haben. Die Gewinnerideen werden in der OB-Presskonferenz am 23. September 2019 bekannt gegeben.

Während des gesamten Planungs- und Durchführungsprozesses übernimmt eine Arbeitsgruppe des Beirats Bürgerbeteiligung die Funktion der letztjährigen Bürgerbegleitgruppe. Ein erstes Treffen fand im Juni 2018 statt.

3.2. Prüfungskriterien der Verwaltung

3.2.1. Extern

Bezüglich des gesamten Verfahrens wurde von der Begleitgruppe angeregt, die Prüfungskriterien der Verwaltung transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten, da die Prüfungstiefe (insbesondere der Detailprüfung) unklar gewesen sei.

3.2.2. Intern

Aus Sicht der KollegInnen sollten die Prüfungskriterien einer generellen Überarbeitung unterzogen werden. So müsste den BürgerInnen deutlich gemacht werden, dass gesetzliche Pflichtaufgaben (wie zum Beispiel die Sanierung eines Spielplatzes) nicht durch das Bürgerbudget abgedeckt werden dürfen, sondern die Projektideen ergänzende und freiwillige Maßnahmen der Stadtverwaltung sind. Auch die Betrachtung von Folgekosten für

die eingereichten Projektideen, die Umsetzbarkeit innerhalb einer Zwei-Jahresfrist und die Einbindung bzw. die Berücksichtigung von politischen Gremien sollten noch einmal gesondert hervorgehoben werden, um frühzeitig Fehler zu vermeiden. Grundsätzlich sollte ein stärker differenzierendes Muster für die Beschreibung der Vorhaben entwickelt werden, um die Stellungnahme für die Verwaltung zu erleichtern.

Viele IdeeneinreicherInnen haben keine konkrete Vorstellung über den Finanzrahmen bestimmter Projekte (z.B. können für die gewonnenen 50.000 Euro des Spielplatzes an der Waldkampfbahn nur zwei Spielgeräte à 25.000 Euro angeschafft werden, deshalb erhöht die Stadtverwaltung freiwillig die Finanzsumme um 70.000 Euro auf 120.000 Euro). Aus Sicht einiger VerwaltungskollegInnen habe es für eine korrekte Stellungnahme außerdem an Informationen zu der Projektidee gefehlt. Hier sollte durch eine verbindliche Rücksprache zwischen Bürgerbeteiligung/Fachressort und den Antragstellenden ein gegenseitiger Informationsaustausch stattfinden. Dieser kann dabei behilflich sein, den Bürger/die Bürgerin in die Gestaltung des Projekts einzubinden, Problematiken früh aufzuzeigen und damit Frust zu verhindern und selbstverständlich bei der Prüfung zu schnelleren Ergebnissen zu kommen.

Generell wünschen sich die Fachressorts ein größeres Verständnis bezüglich ihrer personellen Kapazitäten und wollen diesen Punkt auch als Prüfungskriterium festlegen lassen.

3.2.3. Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge

Bei der Prüfung der eingereichten Projektideen wurde zwar geprüft, ob die Stadt für diesen Bereich zuständig ist. Es wurde aber wohl nicht geprüft, wer die politischen Ansprechpartner für die Projekte sind. So konnte das Projekt „Autofreie Luisenstraße“ in die Abstimmungsphase kommen, ohne vorher mit der zuständigen Bezirksvertretung koordiniert zu werden. Bei einer Prüfung der Projekte in Zukunft müsste also nicht nur die generelle Zuständigkeit der Stadt überprüft werden, sondern auch geprüft werden wer mögliche Betroffene sind. Diese könnten dann frühzeitig kontaktiert und eingebunden werden.

Generell muss im zukünftigen Bürgerbudget eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen IdeengeberIn und Fachressort/Bürgerbeteiligung bestehen. Ideen dürfen nicht anonym eingereicht werden. Durch eine intensivere Begleitung der IdeengeberInnen können die Anträge bereits im Vorfeld konkretisiert und gemeinsam der Gestaltungsspielraum abgesteckt werden.

Die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement setzt sich zudem für eine Änderung des Kriteriums „maximale Fördersumme von 50.000 Euro“ ein, da viele Projekte mit dieser Summe nicht zu stemmen sind. Dies sollte jedoch im Zuge der Sponsorensuche mit dem Verwaltungsvorstand diskutiert werden.

3.3. Projekte

3.3.1. Extern

Dass das Bürgerbudget zur Sanierung und Erweiterung eines Spielplatzes an der Waldkampfbahn in Vohwinkel (Platz 1) verwendet wird, wurde von einzelnen Mitgliedern der Begleitgruppe als „Fehlbedarfssanierung“ der Stadtverwaltung aufgefasst. Das Budget sollte nicht für Projekte verwendet werden, für die die Stadt ohnehin Mittel zur Verfügung stellen muss.

Für die Zusammenlegung einzelner Projektideen aus der Bürgerschaft, wie es beim Großprojekt Urban Gardening (Platz 2) geschehen ist, wird angeregt, feste Regeln für solche Fälle zu vereinbaren (z.B. zu welchem Zeitpunkt des Verfahrens dies geschehen soll).

Des Weiteren ist zu überdenken, wie mit Ideen umgegangen werden soll, von denen eine Antragstellerin oder ein Antragsteller selbst unmittelbar finanziell profitiert.

Außerdem wird gewünscht, dass die verbliebenen Projekte in eine kontinuierliche Projektdatenbank übernommen werden.

3.3.2. Intern

Im Folgenden soll auf die Umsetzung der sechs Gewinnerideen eingegangen werden.

Gewinner-Idee der freien Abstimmung! Wird umgesetzt!  Spielplatz Zur Waldkampfbahn- Wuppertal Vohwinkel - Neubau und Sanierung Unser städtischer Spielplatz hat eine zentrale Lage. Es wird genutzt von FAMILIEN aus Umkreis: Wuppertal Vohwinkel- Tesche, Mitte bis Osterholz, KINDER bis 6 Jahre; benachbarter Kindergarten, GRUNDSCHULERN, umliegende Grundschulen: Gebhardtstr., Corneliusstr., Yorckstr., Neithardthstr. JUGENDLICHE; benachbartes... Team Bürgerbeteiligung FF 0 Kommentare € 50.000 Themenkategorie Gemeinschaft Engagement 524 Stimmen	Gewinner-Idee der freien Abstimmung! Wird umgesetzt!  Urban Gardening - Großprojekt Diese Projektidee stellt eine Zusammenlegung von vier Projektideen dar, die ein ähnliches Ziel verfolgen: Wuppertal soll eine Urban-Gardening-Stadt werden. Die Ideengeber und Ideengeberinnen der Projekte „Grün und bunt tut gut. Initiative zur Begrünung der Quartiere (und die essbare Stadt)“... Team Bürgerbeteiligung Wuppertal 0 Kommentare € 50.000 Themenkategorie Wohnen Arbeit Bildung 357 Stimmen	Gewinner-Idee der freien Abstimmung! Wird umgesetzt!  Autofreie Luisenstraße - Altstadtfeeling im Luisenviertel - Imagegewinn für Wuppertal! Das Luisenviertel ist die gemütliche Altstadt Wuppertals. Das Gastronomieangebot in Verbindung mit den schönen Altbauten lädt zum Verweilen ein. Bei gutem Wetter sind die wenigen Tische im Freien immer belegt. Eine autofreie Luisenstraße zwischen Untergunewalder Straße und Auer Schulstraße ermöglicht es, die... Anonymized User 0 Kommentare € 17.500 Themenkategorie Infrastruktur (Verkehr und Nahversorgung) Freizeit und Kultur Gemeinschaft 331 Stimmen
Gewinner-Idee der freien Abstimmung! Wird umgesetzt!  Sitzbänke entlang der Nordbahntrasse Ich wohne an der Nordbahntrasse und sehe des öfteren ältere Menschen hier spazieren gehen, denen eine kurze Pause auf einer Bank sicherlich gefallen würde. Per Telefon eingereicht 0 Kommentare € 10.000 Themenkategorie Infrastruktur (Verkehr und Nahversorgung) Freizeit und Kultur Gesundheit 263 Stimmen	Gewinner-Idee der freien Abstimmung! Wird umgesetzt!  Alt hilft jung und umgekehrt! Ausbau und Zukunftssicherung der Taschengeldbörse... Die Taschengeldbörse Wuppertal vermittelt kostenlos den Kontakt zwischen Jugendlichen, die ihr Taschengeld aufbessern möchten u. „Senioren“ über 55 Jahren, die sich Unterstützung bei einfachen, un gefährlichen, hausnahen Tätigkeiten wünschen. Alle Beteiligten registrieren sich durch ein persönliches... Anonymized User 0 Kommentare € 15.300 Themenkategorie Gemeinschaft Zufriedenheit 221 Stimmen	Gewinner-Idee der freien Abstimmung! Wird umgesetzt!  Projekt gegen Rassismus & Antisemitismus Seit Jahren ist zu beobachten, dass rechtsextreme Parteien und Organisationen in Wuppertal, insbesondere im Osten der Stadt, erstarken. Ganze Straßenzüge sind mit ihrer Propaganda zuflutet. Gewalttaten durch Rechtsextreme häufen sich. Bei der Landtagswahl 2017 hat die AfD im Osten der Stadt mit über 10% abgeschnitten, in... Anonymized User 0 Kommentare € 20.000 Themenkategorie Bildung Gemeinschaft Zufriedenheit 218 Stimmen

Auf den ersten Platz wurde mit 524 Stimmen die Sanierung und Erweiterung des Spielplatzes „Zur Waldkampfbahn“ in Vohwinkel gewählt. Durch gute Zusammenarbeit zwischen Ideengeber und Ressort 103 konnte hier bereits früh ein Entwurf mit den AnwohnerInnen diskutiert werden. Die BV Vohwinkel hat dem Bau am 18. April 2018 zugestimmt. Der Bau war im August 2018 abgeschlossen; die Eröffnungsfeier fand Anfang

September 2018 statt. Wie bereits erwähnt, wurde die städtische Planung des Spielplatzes auf der Liste der sanierungsbedürftigen Spielplätze vorgezogen und mit weiteren 70.000 Euro aus dem städtischen Haushalt ergänzt.

Mit 357 Stimmen wurde das Urban Gardening Großprojekt auf den zweiten Platz des Bürgerbudgets gewählt. Hierbei wurden die vier Einzelprojekte „Grün und bunt tut gut. Initiative zur Begrünung der Quartiere (und die essbare Stadt)“, „Essbares Tal“, „Mehrere Naschgärten mit Obstbäumen an öffentlich zugänglichen Wald- und Parkflächen“ und „Anpflanzung von aussterbenden Obstsorten z.B. entlang der Nordbahntrasse“ von der Verwaltung zu einem Projekt über 50.000 Euro zusammengelegt. Die Initiative befasst sich schwerpunktmäßig mit der Entwicklung eines Bürgerleitfadens, der Anlage von Mustergärten und der Realisierung der Essbaren Stadt im öffentlichen Raum. Statt eines zentralen Gartens an der Hardt werden mit Unterstützung des Ressorts Grünflächen und Forsten zunächst dezentrale Orte von Gemeinschaftsgärten ins Auge gefasst.

Die Projektidee „Autofreie Luisenstraße – Altstadtfeeling im Luisenviertel – Imagegewinn für Wuppertal!“ wurde mit 331 Stimmen auf den dritten Platz gewählt. Die Projektidee besagt, dass zwischen der Untergrünwalder Straße und der Auer Schulstraße auf der Luisenstraße eine Fußgängerzone errichtet werden soll. Für die Umsetzung sind – gemäß der Aussagen aus der Detailprüfung der Verwaltung – Kosten in Höhe von 17.500 Euro vorzusehen, die jeweils zu 10.000 Euro in ein Verkehrsgutachten, zu 5.000 Euro in die Beschilderung und zu 2.500 Euro in die Projektbegleitung durch Mitarbeiter fließen. Die BV Elberfeld beschloss in ihrer Sitzung am 6. Dezember 2017, dass die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement ein Beteiligungsformat vorschlagen soll, mit dem die Wünsche der Menschen im Luisenviertel zur Mobilität und Aufenthaltsqualität ermittelt werden können. Ergänzend soll eine Grundlage für weitere Erörterungen in politischen Gremien in dieser Frage zu gebildet werden. Der Rat der Stadt Wuppertal stellte daraufhin in seiner Sitzung am 19. Dezember 2017 die Projektidee zurück und verwies den Antrag in die zuständige BV Elberfeld. Diese wiederum wiederholte ihren geltenden Beschluss in ihrer Sitzung am 31. Januar 2018. Um diesem Beschluss Rechnung zu tragen, führte die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in Zusammenarbeit mit der Bezirksvertretung Elberfeld am 21. Juni 2018 ein Beteiligungsverfahren unter dem Motto „Zusammenleben im Luisenviertel“ durch. Dabei konnten sich die Teilnehmenden an verschiedenen Arbeitstischen zu Themen wie Verkehr, Gastronomie oder Lärm austauschen. Die Ergebnisse wurden verschriftlicht und der Bezirksvertretung als Grundlage für die weitere politische Arbeit übergeben. Eine Entscheidung zur Verkehrsführung in der Luisenstraße steht noch aus.

Den vierten Platz im Bürgerbudget erreichte die Idee „Sitzbänke entlang der Nordbahntrasse“ mit 263 Stimmen. Die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement und die Kämmerei stehen im engen Austausch mit der Ideengeberin, 104 und der Wuppertalbewegung. Bei einer gemeinsamen Trassenbegehung wurden bereits mögliche Standorte für die neuen Bänke identifiziert. Momentan werden die Pläne für die

Bänke erstellt, sodass die zuständigen Bezirksvertretungen darüber entscheiden können. Die „Gemeinschaftsstiftung für Wuppertal“ übernimmt im Rahmen einer zweckgebundenen Spende die Finanzierung dieses Projektes.

Mit 221 Stimmen wurde das Projekt „Alt hilft jung und umgekehrt! Ausbau und Zukunftssicherung der Taschengeldbörse Wuppertal“ auf den fünften Platz gewählt. Mit den 15.300 Euro soll in den nächsten zwei Jahren eine Fachkraft der Sozialarbeit mit einem Einsatz von fünf Wochenarbeitsstunden bezahlt werden. Die „Gemeinschaftsstiftung für Wuppertal“ übernimmt auch für dieses Projekt die Finanzierung.

Auf den sechsten Platz wurde mit 218 Stimmen das „Projekt gegen Rassismus und Antisemitismus“ gewählt. Hier wurden die von der Verwaltung veranschlagten 20.000 Euro auf Grund der bereits ausgeschöpften Finanzmittel der vorherigen Projekte auf 7.200 Euro gekürzt. Möglicherweise können diese Mittel durch die eventuell nicht benötigten Mittel der Projektidee „Autofreie Luisenstraße“ aufgestockt werden. Bis dahin werden die vorhandenen Mittel in den Austausch eines Teils der Dauerausstellung in der Alten Synagoge gesteckt, die im Vorfeld zum 80. Jahrestag der Novemberpogrome am 4. November 2018 eröffnet werden soll. Auch hier übernimmt die „Gemeinschaftsstiftung für Wuppertal“ die Finanzierung im Rahmen einer zweckgebundenen Spende.

Die Zusammenarbeit mit dem Sponsor „Gemeinschaftsstiftung für Wuppertal“ verlief bisher problemlos. Generell möchte die Stiftung möglichst nachhaltige Projekte mit dem Bezug zur Stadt Wuppertal unterstützen, die eher kleinere Summen (<50.000 Euro) benötigen und die zudem als eingetragener gemeinnütziger Verein Spendenquittungen ausstellen können. Dies muss bei der zukünftigen Zusammenarbeit mit der „Gemeinschaftsstiftung für Wuppertal“ und der Sponsorensuche für ein kommendes Bürgerbudget berücksichtigt werden.

3.3.3. Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge

Wie bereits unter 3.2.3. erläutert, sollen die IdeengeberInnen der Projekte verbindlich in den Grobcheck, die Detailprüfung und falls erfolgreich in die Umsetzung eingebunden werden. Dies erleichtert Rückfragen und beugt Enttäuschungen vor. So kann gemeinsam mit den BürgerInnen an einer zielführenden Formulierung/Ausgestaltung der Projektidee gearbeitet werden. Des Weiteren müssen Betroffene der Ideen (politische Gremien, AnwohnerInnen usw.) stärker eingebunden werden.

Durch einen höheren Finanzbetrag könnten das Interesse der Stadtgesellschaft und somit auch die Beteiligung an dem Bürgerbudget steigen. Deshalb soll frühzeitig mit der erweiterten Sponsorensuche begonnen werden. Hierbei ist es wichtig, im Vorhinein die Kriterien der Sponsoren zur Förderung (z.B. Spendennachweis) abzuklären.

3.4. Beteiligung, Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit

3.4.1. Extern

3.4.1.1. Beteiligung vor Ort: Straßenkampagnen, Bürgerwerkstatt und Wahlparty

Besonders positiv wurde die Bürgerwerkstatt hinsichtlich ihres Konzepts, der Moderation, dem Zeitmanagement, den Kriterien und dem Ergebnischarakter der Veranstaltung



insgesamt bezeichnet. Kritisch gesehen wurde allerdings das Abstimmungsprozedere der Ideen, da das Prinzip der Bepunktung vorsah, dass pro Abstimmungsrunde jeweils 1-5 Punkte vergeben werden mussten. So haben auch Projekte, die als weniger gut empfunden wurden, trotzdem viele Punkte erhalten, wenn sie gemeinsam mit ebenfalls schwächeren Ideen

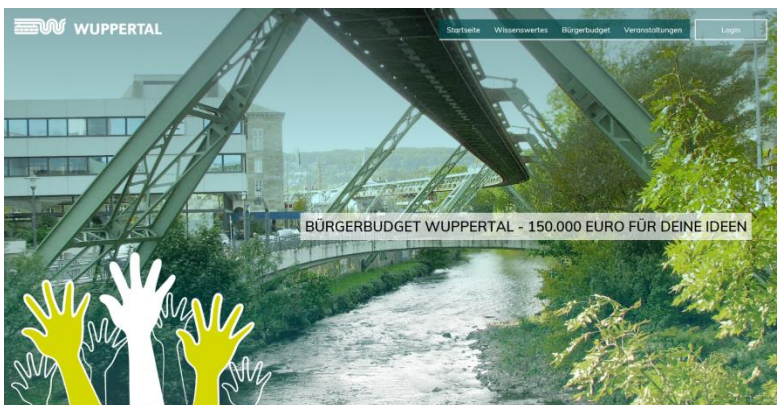
bewertet werden sollten.

Anregungen aus der Bürgerbegleitgruppe waren unter anderem die Einsetzung von ehrenamtlichen MentorInnen/BürgerbotschafterInnen, die BürgerInnen bei dem Prozess der Ideeneinrichtung unterstützen.

Die Bürgerbegleitgruppe stellte besonders die Straßenkampagne in der Ideeneinreichungsphase als positive Öffentlichkeitsarbeit heraus. Diese Aktionen will die Stabsstelle beibehalten und innerhalb den Bezirken weiter ausbauen.

Die Stabsstelle für Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement greift die Anregungen aus der Bürgerbegleitgruppe auf und möchte gemeinsam mit den Quartiersbüros, auch über das Bürgerbudget hinaus, die Sichtbarkeit von Bürgerbeteiligung in den Quartieren stärken.

3.4.1.2. Beteiligung online



Die Bürgerbegleitgruppe wünscht sich für ein zukünftiges Bürgerbudget eine auf Dauer angelegte übersichtliche und schnell ladende Plattform, um eine langfristige und prozesshafte Begleitung zu gewährleisten. Aus Sicht der Bürgerbeteiligung würde eine

solche (dauerhaft angelegte) Plattform neben den Synergieeffekten, dass auch andere

Beteiligungsformate hierüber beispielbar seien, den Bürgerinnen und Bürgern aufzeigen, dass die Verwaltung – sollte es die Finanzlage hergeben – gewillt ist das Bürgerbudget zu verstetigen.

Die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement wird gemeinsam mit dem Dienstleister/Entwickler der Beteiligungsplattform die verschiedenen Authentifizierungsmöglichkeiten diskutieren. Es sollte ein guter Kompromiss entstehen, der einen niedrighschwelligen Charakter mit den Wahl- und Datenschutzgrundsätzen unserer Gesetze vereinbart (z.B. stellt die Verifizierung via SMS eine Barriere für Beteiligung dar?). Des Weiteren soll gemeinsam mit dem Datenschutzbeauftragten heraus gearbeitet werden, welche Daten online wie offline von den teilnehmenden BürgerInnen erhoben werden (dürfen).

3.4.2. Intern

Die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement begrüßt die Zusammenarbeit mit dem Service Center der Stadt Wuppertal, deren MitarbeiterInnen bei dem Ausfüllen der Antragsformulare zum Bürgerbudget den BürgerInnen behilflich waren. Jedoch zeigte sich hier, dass das Anfertigen, Ausfüllen und Formulieren der Ideen rund eine halbe Stunde in Anspruch nahm. Hier müssen niedrighschwelligere Möglichkeiten (z.B. mehr Entscheidungsfragen, weniger Textantworten, einfachere Fragestellungen) gefunden werden.

Generell wünschen sich die KollegInnen eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit, die den BürgerInnen auch deutlich macht, welche Möglichkeiten aber auch Grenzen ein Bürgerbudget bietet. So soll späteren Enttäuschungen vorgebeugt werden. Auch soll mehr über die Umsetzungsphase und ihren Weg berichtet werden. Diesen Punkt will die Stabsstelle für Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement schon jetzt angehen. Bedenken wurden außerdem hinsichtlich der beteiligten Menschen geäußert. So bestehe die Gefahr, dass das Geld in gut gestellte Quartiere fließt, da dort Menschen leben, die andere besser für ihre Anliegen mobilisieren können. Eine Anregung war es, die Bewertung der Projekte einer Jury zu überlassen, die sozial ausgewogen besetzt ist. Denkbar sei auch ein kombiniertes Verfahren mit einer Bewertung von Jury und Bürgerschaft.

3.4.3. Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge

Auch über das Bürgerbudget hinaus, ist es ein Ziel der Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement, bestimmte Bevölkerungsgruppen in Wuppertal anzusprechen, die bisher bei Beteiligungsverfahren unterrepräsentiert waren. Dies sind vor allem Jugendliche und SeniorInnen, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit niedrigen formalen Bildungsabschlüssen. Diese Zielgruppen sollen durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Konkrete Ansprache (z.B. durch den Kontakt mit Vereinen, Flüchtlingsorganisationen, Schulen, Jugendtreffs, Stadtteilkonferenzen usw.)
- MultiplikatorInnen finden für bestimmte Zielgruppen bzw. Stadtbezirke (Paten für das Bürgerbudget)
- Engere Zusammenarbeit/Austausch mit den Quartiersbüros (siehe z.B. Abstimmungen und Hilfe bei Ideeneinreichung vor Ort, mobile Wahlstationen in der 3. Phase, Werbung über vorhandene Infrastruktur)

Die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement appelliert an die politischen VertreterInnen (vor allem Rats- und BV-Mitglieder) sich mehr in die Bewerbung des Beteiligungsverfahrens einzubringen, um eine bessere Verzahnung von Verwaltungsöffentlichkeitsarbeit und politischer Öffentlichkeitsarbeit zu ermöglichen.

Öffentlich zugängliche PCs (Bibliotheken etc.) sollen für die Anmeldung und Abstimmung auf der Online-Plattform genutzt werden können (ähnlich wie im Café Hutmacher).

Zu einer fruchtbaren Öffentlichkeitsarbeit gehört in besonderem Maße die „Vermarktung“ der Gewinnerideen aus dem vorherigen Bürgerbudget. Diese Maßnahmen werden von der Stabsstelle in Rückkopplung mit der „Gemeinschaftsstiftung für Wuppertal“ als Finanzgeber für die Projekt „Taschengeldbörse“, „Bänke entlang der Nordbahntrasse“ und „Projekt gegen Rassismus und Antisemitismus“ bereits umgesetzt bzw. werden überwiegend in diesem und dem nächsten Jahr stattfinden.



Im Winter 2018 soll damit begonnen werden, bereits bespielte Kanäle bzgl. des Bürgerbudgets wieder zu aktivieren. Auch die Zusammenarbeit mit Younect (#Frag den Kämmerer) soll fortgesetzt werden.

Weitere Plattformen sollen genutzt werden, u.a. Twitter, wuppertal.de/buergerbeteiligung, Facebookpage „Engagiert für Wuppertal“ und ergänzende wie WZ, Wuppertaler Rundschau, Radio Wuppertal, WDR, Flyer, Plakate, Freistempler, Stroer, njuuz usw..

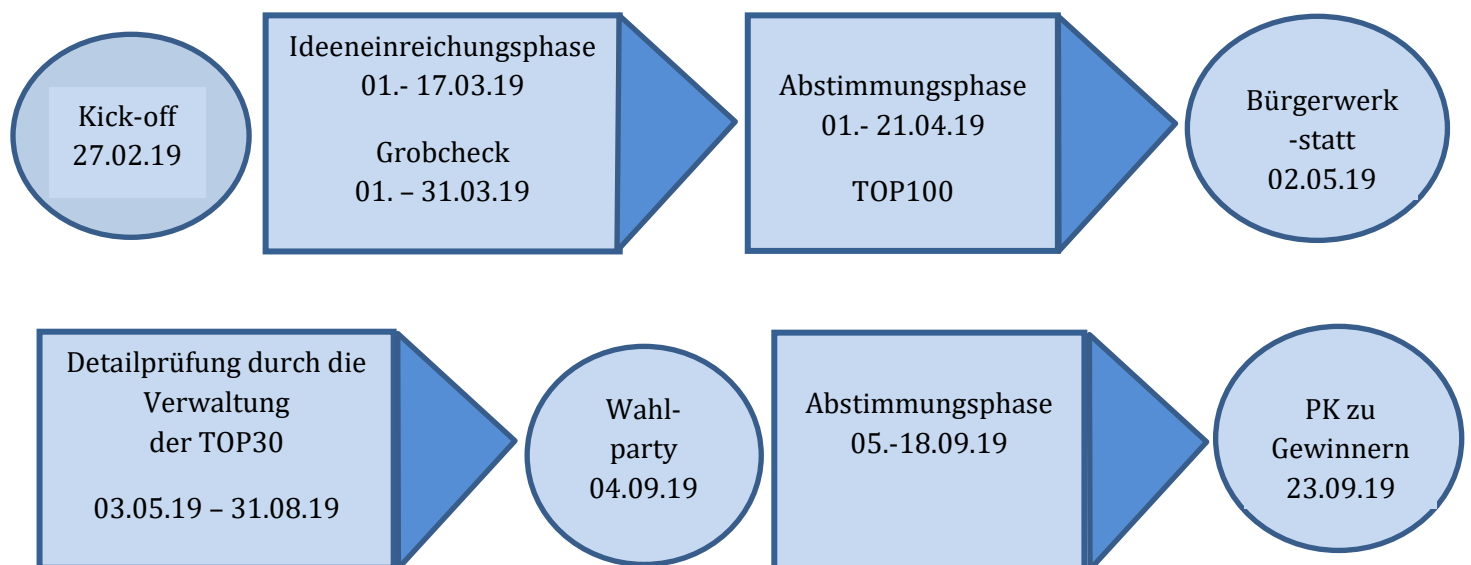
Vor allem die Straßenkampagne wird – sollten die personellen Kapazitäten (z.B. durch PraktikantInnen) vorhanden sein – ausgebaut und in die Quartiere getragen werden.

4. Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge auf einen Blick

4.1. Rahmenbedingungen und Organisatorisches

- Früherer zeitlicher Beginn Ende Februar/Anfang März anstatt Beginn im Mai
- Mehr Zeit für den Grobcheck (Parallel zu Einreichungsphase plus zwei Wochen)
- Abstimmungsphase für alle Ideen beginnt gemeinsam nach dem Grobcheck → Chancengleichheit
- Zwischen Grobcheck/Abstimmungsphase und Bürgerwerkstatt liegen die Osterferien (zusätzlicher Zeitpuffer)
- Mehr Zeit für die Detailprüfung (plus 1,5 Monate)
- Beirat Bürgerbeteiligung fungiert als Bürgerbegleitgruppe
- Frühzeitige Einbindung aller (BürgerInnen, Politik, Verwaltung, Presse)
- Mehr über den Gesamthaushalt informieren bzw. Bürgerbudget dort einbinden: Dialog BürgerIn – Politik, ggf. in Kooperation mit OpenData!
- Frühzeitig mit Sponsorensuche beginnen, möglicherweise Kreis der Sponsoren und somit Finanzsumme erhöhen
- Bei Bürgerwerkstatt: anderes Punktesystem (um zu verhindern, dass schwache Ideen nur durchkommen, weil sie in einer Gruppe mit anderen schwachen Ideen gelandet sind)
- IdeeeneinreicherInnen für Mitarbeit verpflichten
- Übrige Ideen z.B. über Engagement angehen und/oder Ideenpool auf der Beteiligungsplattform einrichten
- Beteiligungsmindestalter festlegen? Kinder und Jugendliche nicht bevormunden

Aus den zeitlichen Veränderungen ergibt sich folgender neuer Ablauf:



4.2. Prüfungskriterien der Verwaltung

- Feinere Kriterien + wer sind mögliche AnsprechpartnerInnen (BVs) und Betroffene
- Zuständigkeiten müssen klar zugeordnet werden
- Noch engere Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung
- Personelle Ressourcen innerhalb der Verwaltung als Prüfungskriterium (→ Folgekosten!)
- Maximale Fördersumme von 50.000 Euro sollte erhöht werden

Checkliste für den Grobcheck:

- ✓ Zuständigkeitsbereich der Stadt (nicht Bund, Land, EU, usw.)
- ✓ Kosten kleiner/gleich 50.000 Euro (inklusive Folgekosten) (muss noch diskutiert werden)
- ✓ Umsetzbarkeit innerhalb von zwei Jahren
- ✓ Das Projekt dient in erster Linie der Stadtgesellschaft. Sollten Einzelinteressen bedient werden, müssen diese immer nachrangig zum eigentlichen Projektziel sein.
- ✓ Die Umsetzbarkeit der Projektidee ist mit dem vorhandenen Personal möglich, bzw. wird von den IdeengeberInnen umgesetzt
- ✓ Der/die Ideengeber/in ist bekannt und hat sich bereit erklärt, an der Entwicklung des Projektes mitzuwirken

Weitere mögliche Kriterien:

- ✓ Welche weiteren Gremien und AkteurInnen können/müssen eingebunden werden (BV, Vereine)?
- ✓ Wer ist betroffen (AnwohnerInnen usw.)?

4.3. Projekte

- Engere und verbindliche Zusammenarbeit mit IdeengeberInnen, die Ideen dürfen nicht anonym eingereicht werden
- Kriterien zur Förderung der Sponsoren (z.B. erforderlicher Spendennachweis) müssen abgeklärt werden

4.4. Beteiligung, Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit

- Umgesetzte Projektideen als Werbung für das nächste Bürgerbudget nutzen, Projekte begleiten → BürgerInnen sehen, dass es sich lohnt, sich zu beteiligen
- Generell verstärkte Pressearbeit
- Neue/andere Zielgruppen: Quartiere einbinden: Abstimmungen und Hilfe bei Antragstellung vor Ort ermöglichen, Werbung über vorhandene Infrastruktur (Vereine, Quartierbüros etc.)
- Schulen gezielt informieren

- Direkte Ansprache der BürgerInnen hat gut funktioniert (Straßenkampagne) → bei Jugendlichen mehr auf direkte Ansprache setzen und mehr neue Medien einsetzen
- Kick-Off-Veranstaltung vor Ort, Bürgerinformation und erste Beteiligung, Menschen bekommen kleine Zettel (Visitenkartengröße) mit Ablaufverfahren plus Internetplattform mit
- Website: andere Verifizierungsform? Mehr Dialog ermöglichen